

Tages Anzeiger

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung
Ausgabe Oberland

Dienstag
5. Juli 2011

Fr. 3.00, Ausland: € 2.30 / AZ 8021 Zürich
119. Jahrgang Nr. 154 – Auflage 203 636

Aqui-Brunnen Vorerst gibts kein Gratis-Mineralwasser mehr – wegen Bakterien, wie es offiziell heisst. 13

Literatur Intelligent und emotional: Hervé Le Telliers «Kein Wort mehr über Liebe» ist das ideale Sommerbuch. 25

Otto von Habsburg Der ungeliebte Adlige wird in Wien mit allem Pomp beigelegt. 8



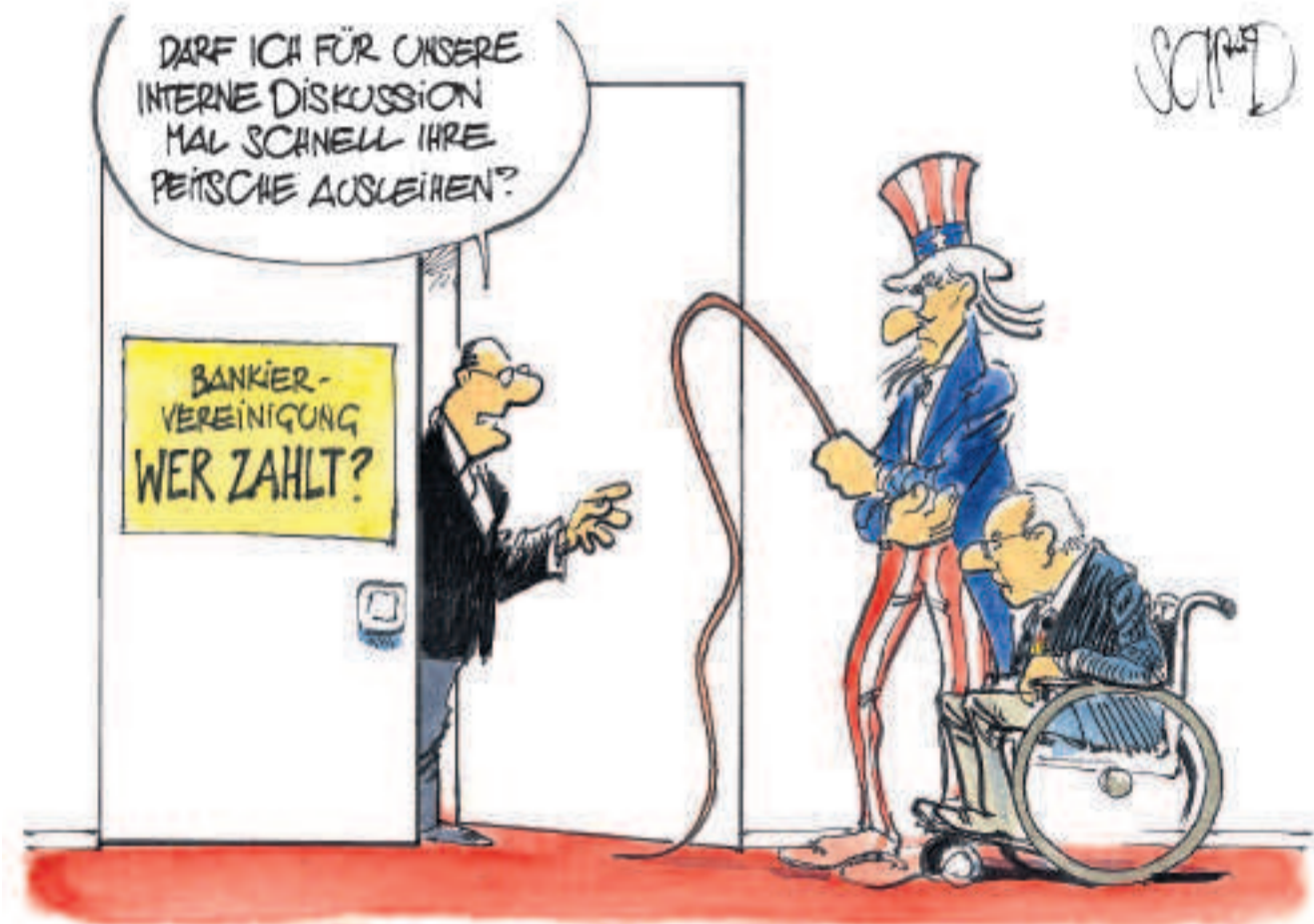
Unter den Schweizer Banken ist ein Streit ausgebrochen

Kleinere und national ausgerichtete Finanzinstitute wehren sich gegen Steuerabkommen mit dem Ausland.

Von Arthur Rutishauser und Andreas Flütsch

In der Schweizer Bankenwelt herrscht dicke Luft. Seit Monaten versucht Michael Ambühl vom Staatssekretariat für internationale Finanzfragen einerseits mit den USA und andererseits mit Deutschland und England zu einer Lösung in der umstrittenen Frage der unversicherten Vermögen zu kommen. Denn seit dem Fall UBS ist klar, dass sich das Bankgeheimnis bei Steuerhinterziehung nicht mehr halten lässt. Darüber herrscht auch bei den Banken Einigkeit. Kurz vor Abschluss der Verhandlungen gibt es nun aber Streit. Der Grund: Im Fall der USA zeichnet sich ab, dass die Schweizer Banken sowohl eine hohe Busse als auch eine erneute Preisgabe von Kundendaten akzeptieren müssen. Im Falle der Verhandlungen mit Deutschland und England steht eine Milliardenzahlung im Raum – als Garantie für künftige Erträge aus der Abgeltungssteuer zur Legalisierung unversicherter Vermögen.

Vor allem die Grossbanken möchten nun, dass alles rasch bereinigt wird. Den kleineren und national ausgerichteten Banken gehen die erzielten Kompromisse hingegen zu weit. Sie hätten lieber eine härtere Gangart bei den Verhandlungen. Und vor allem wollen sie nicht für die Fehler der Grossbanken zahlen. Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz sagt im TA-Interview kategorisch: «Wir leisten keinen Beitrag zur Finanzierung der Altlasten.» Schliesslich seien es die Grossbanken, die Auslandbanken und die grossen Privatbanken, die vor allem an einem Deal Interesse hätten. Vincenz: «So gesehen ist doch völlig klar, dass sie von einem Abkommen weitaus am meisten profitieren. Von daher ist es logisch, dass



just diese Banken den Löwenanteil, wenn nicht gar alles übernehmen müssen.»

Für David Zollinger, Rechtsspezialist und Mitglied der Geschäftsleitung der Bank Wegelin, ist überdies noch längst nicht klar, ob diese Garantiezahlungen je zurückverlangt werden können. Zollinger: «Es ist aufgrund der heute geltenden Rechtsgrundlagen kaum möglich, als Bank die Kunden zu zwingen, rückwirkend ihre Guthaben zu versteuern.» Weiter befürchtet er eine neuerliche Lieferung von Kundendaten in die USA: «Die Schweiz und auch der Finanzplatz selber

haben nicht auf einem legalistischen Standpunkt beharrt; es ist deshalb damit zu rechnen, dass dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen, die auch im Fall UBS Gültigkeit haben – und das heisst eine erneute Forderung nach der Herausgabe von Kundendaten.» – Seite 7

Bis zu 20 000 Franken Steuerabzug für Parteispenden

Wer im Kanton Zürich politische Parteien finanziell unterstützt, darf künftig deutlich höhere Abzüge auf der Steuererklärung vornehmen. Der Kantonsrat hat gestern die Abzugslimiten auf 10 000 Franken für Alleinstehende und 20 000 für Verheiratete erhöht. Bisher lag die Limite bei 1600 und 3200 Franken. Wer das neue Maximum ausschöpft, wird – je nach Einkommen und Wohnort – künftig mehrere Tausend Franken weniger Staatssteuern bezahlen müssen. Sämtliche Parteien stimmten für die höheren Abzugslimiten – mit Ausnahme von AL und SP. Sie wollten als Gegenleistung die Parteien dazu verpflichten, ihre Spenderlisten offenzulegen.

Mit den neuen Abzugslimiten folgt der Kanton Zürich einem nationalen Trend. Mehrere Kantone haben eine Erhöhung beschlossen oder eine solche geplant. Auch bei der direkten Bundessteuer können neu Parteispenden bis zu 10 000 Franken abgezogen werden. Peter Moser vom Statistischen Amt des Kantons Zürich erwartet kaum grosse Auswirkungen auf das Spendeverhalten. Der Anteil der Steuerpflichtigen, die Abzüge für Parteispenden geltend machen, ist rückläufig. Er liegt derzeit bei 4,2 Prozent. Die meisten Spenden liegen unter 200 Franken, nur 7 Prozent über 1000 Franken. (rd)

Kommentar Seite 2, Bericht Seite 14

Bildungsziele für alle Schulen formuliert

Die Harmonisierung des obligatorischen Teils des Schweizer Schulsystems hat eine entscheidende Hürde genommen: Erstmals haben sich die Erziehungsdirektoren der Schweizer Kantone auf nationale Bildungsziele ab 2014 in den vier wichtigsten Fächern geeinigt. Diese Ziele beschreiben, welche Grundkompetenzen die Schüler am Ende des 4., des 8. und des 11. Schuljahres in der Schulsprache, in Fremdsprachen, in Mathematik und in Naturwissenschaften erreichen sollen. Der Lehrerverband begrüsst den Schritt, warnt aber auch vor Problemen: Einzelne Ziele seien viel zu ehrgeizig. Die SVP lehnt die Bildungsziele rundweg ab. Die Vorgaben seien «kompliziert und schwammig» verfasst. (TA) – Seite 5

Thailands Armee steht zum Wahlergebnis

Nach Jahren voller Spannungen zwischen den politischen Lagern deutet sich in Thailand ein friedlicher Regierungswechsel an. Wahlsiegerin Yingluck Shinawatra kündigte eine Fünfparteienkoalition an. Und die einflussreiche Armee will das Resultat akzeptieren. Das Militär, das den früheren Regierungschef Thaksin Shinawatra vor fast fünf Jahren aus dem Amt gepusht hatte, erkannte gestern den Wahlsieg von dessen Pheu-Thai-Partei an. Das Volk habe sich deutlich für Thaksins Partei ausgesprochen, sagte der Verteidigungsminister. In seinem Exil in Dubai entkräftete Thaksin selbst die Gerüchte um seine Rückkehr: «Das hat keine Priorität.» (SDA) Kommentar und Bericht Seite 7

Heute

Kirche Umstrittene Rubbellos-Aktion der Reformierten

Die reformierte Landeskirche betritt in ihrem Kampf gegen den Mitgliederschwund Neuland: Ab August bringt sie in den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn und Aargau eine halbe Million Rubbellose unter die Leute. Gewinner behalten den Gewinn nicht, sondern spenden diesen einem kirchlichen Angebot. Vielen Kirchgemeinden ist die Aktion suspekt, sie distanzieren sich davon. – Seite 3

Frankreich Dominique Strauss-Kahn droht eine neue Anzeige

Nach der Wende in seinem New Yorker Vergewaltigungsprozess droht Dominique Strauss-Kahn nun in Frankreich ein Sexual-Strafverfahren. Die Autorin Tristane Banon will den früheren Chef des Internationalen Währungsfonds heute Dienstag wegen einer neun Jahre zurückliegenden versuchten Vergewaltigung anzeigen, wie ihr Anwalt am Montag ankündigte. – Seite 6

Pakistan Entführtes Schweizer Paar hatte Geleitschutz

Von den in Pakistan entführten Schweizern fehlt weiterhin jede Spur. Bekannte hatten das Paar vor dessen Abreise gewarnt. «Sie haben die Gefahr in Pakistan unterschätzt», sagt ein Freund. Allerdings hatten die Schweizer innerhalb der Stadt Loralai Polizeischutz, ausserhalb des Ortes, wo sie gekidnappt wurden, hätten Milizen den Schutz garantieren sollen – aber die kamen nicht. – Seite 12

Kommentare & Analysen

«Die 20 stärksten Marken in der Schweiz sind ein Bollwerk der Swissness.»

Thomas Widmer darüber, dass Rivella und Rega bei uns beliebter sind als Mercedes. – Seite 9

Eine Art Socken für die grosse Stadt: Die New Yorker gehen jetzt in «minimalist shoes». – Seite 25

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	22
Veranstaltungen	33
Fernsehprogramme	30, 31
Rätsel	34, 35
Börse	40, 41, 42



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnetz.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo.–Do. 8–12 und 13–17.30 Uhr / Fr. 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Anzeige

VERBODEN

www.glatt.ch

18. Juni bis 16. Juli



Glatt